

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. September 1930  
12. Jahrgang. Nummer 217

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Wochenl. 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 10 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,00 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenspreis: Die gedrucktene Millimeterzelle od. deren Raum 12 Pf., Überschr. u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinaussagen: Die dreieckige Millimeterzelle od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schlus d. Inseratenannahme in d. Hauptredaktion 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis spät. 18 Uhr

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Krennitzer Str. 50, Tel. 560 39.  
**Postfach:** Breslau 544, W-dallicke; Breslau, Krennitzer Str. 50, Tel. 290 02, Sprechzeit der Redaktion von 12—18, Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktionen: **Görlitz,** Oberstr. 26, Tel. 4085; **Dresden,** Kubastr. 11, Tel. 1354; **Stettin,** Runtz 6, Tel. 2584. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Verlagsabteilung: Hauptverlagsgesellschaft Breslau, Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft mbH, Bresl. — Druck: „Pöbner“, Hl. Breslau, Krennitzer Str. 50

## Appell an die deutsche Arbeiterschaft

**Stärkt eure Partei! — Schmiedet die Einheitsfront des Proletariats!**  
**Kämpft gegen Massenelend, Young-Sklaverei und Faschismus! — Es**  
**lebe der Kampf für Sowjet-Deutschland! — Es lebe die KPD.!**

### Klassengenossen und Klassen-genossinnen!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Sieger aus dem jetzt abgeschlossenen Wahlkampf hervorgegangen. Mehr als 4,5 Millionen Wähler haben für die KPD gestimmt. Mehr als 1,3 Millionen Männer und Frauen des arbeitenden Volkes haben sich in den zwei Jahren seit der letzten Reichstagswahl als neue Kämpfer zu den kommunistischen Losungen bekannt.

**In entscheidenden proletarischen Hochburgen Deutschlands, wie in Groß-Berlin, am Niederrhein, in Halle-Merseburg sind die Kommunisten zur stärksten aller Parteien geworden.**

In zahlreichen anderen Industriestädten wurde die bisherige Vorherrschaft der Sozialdemokratie gebrochen und die kommunistische Partei hat die Mehrheit der Arbeiterschaft erobert.

Dieses Wahlergebnis ist ein glänzender außerparlamentarischer Sieg des revolutionären Proletariats. Seine Tragweite ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus, von internationaler, weltweiter Bedeutung. Der Sieg der kommunistischen Partei, der sogar von allen unjeren Feinden anerkannt werden muß, ist ein

**gewaltiger Schlag gegen den Kapitalismus, eine entschlossene Kampfanlage gegen den Faschismus, ein wichtiger Stoß gegen die Youngsklaverei, eine große Niederlage des verräterischen, arbeiterfeindlichen Sozialfaschismus.**

Das siegreiche Proletariat der Sowjetunion, die kämpfenden Arbeitermassen aller Länder und die unterdrückten Kolonialvölker werden durch den Vormarsch des Kommunismus in Deutschland gestärkt und in ihrem heldenmütigen Ringen gegen das Weltkapital ermutigt.

Unser Sieg wurde errungen durch die unermüdete Tätigkeit jedes einzelnen Kommunisten, durch die glänzende, aufopfernde Initiative von zehntausenden Roten Wahlkämpfern, durch die mutige Arbeit der Roten Frontkämpfer, der Roten Sportler und der Klassengenossen aller revolutionären Massenorganisationen. Wir Kommunisten hatten keine Millionen Gelder aus Unternehmertaschen und Gewerkschaftskassen zu unserer Verfügung, wie die Faschisten, Sozialdemokraten und alle bürgerlichen Parteien, sondern nur die Pfennige und Groschen der notleidenden Arbeitermassen. Wir bedienten uns keiner Flugzeuge, keines Pressemonopols, keines Rundfunks, keiner Ministerreden. Wir eroberten dank der begeisterten Mitarbeit hunderttausender einfacher Arbeiter und Arbeiterinnen die Zustimmung vieler Millionen Werktätiger in ganz Deutschland.

**Wir sprechen allen parteilosen und kommunistischen Mitstreitern unseres Sieges den brüderlichen proletarischen Dank der kommunistischen Partei aus.**

Mit dem Siegesmarsch der kommunistischen Partei kann der außerordentliche Stimmengewinn der Nationalsozialisten in keiner Weise verglichen werden. Ihr Gewinn ist nur eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager. Die Faschisten führen große Massen von Wählern auf, die sich enttäuscht und erbittert von den bürgerlichen Parteien abwenden. Ebenso enttäuscht und verbittert werden sich diese Massen von den Faschisten abwenden, sobald sie den schändlichen Betrug erkannt haben, den die nationalsozialistische Führerschaft an ihren Anhängern verübt und in Zukunft noch strupelloser verüben wird.

Das arbeitende Deutschland protestiert gegen den räuberischen Young-Plan und rebelliert gegen den ausbeuterischen Kapitalismus.

**Die Nationalsozialisten, die schon jetzt ihre Bereitschaft erklärt haben, mit dem Zentrum und allen bürgerlichen Youngparteien eine Koalitionsregierung zu bilden, unterstützen mit blutigen Gewaltmethoden den untergehenden Kapitalismus gegen die drohende Revolution der Arbeiterklasse.**

Sie können dem werktätigen Volke weder Brot noch Freiheit, sondern nur Hunger und Knechtschaft bringen. Darum müssen und werden sie untergehen, sobald die Arbeiterschaft sich in einer stählernen Einheitsfront des revolutionären Klassenkampfes zusammenschließt und im Sturm auf der Millionen die faschistische Diktaturgefahr niederschlägt.

Die Sozialdemokratische Partei geht aus diesen Wahlen besiegt und geschlagen hervor. Hunderttausende ihrer Anhänger haben ihr den Rücken gekehrt und sind zur kommunistischen Partei übergegangen.

**Millionen Arbeiter erkennen, daß die Sozialdemokratie ihnen keine Hilfe gegen Unternehmervillwaller, Reaktion und Faschismus bietet.**

Millionen verlieren jeden Glauben an die Sozialdemokratie, die seit 1918 durch ihre Regierungspolitik, durch ihren Arbeiterverrat, durch die Spaltung des Proletariats die Notlage der Werktätigen gesteigert und den Faschismus stark gemacht hat.

Die Wahlen vom 14. September sind der Anfang eines neuen, entscheidenden Umwälzungs in der deutschen Arbeiterbewegung.

**Die kommunistische Partei ist auf dem Wege, die Mehrheit der gesamten Arbeiterklasse unter den roten Fahnen mit Hammer und Sichel zu erobern.**

Weit über die Reihen des Industrieproletariats hinaus wenden sich unübersehbare Scharen des verarmten und ausgeplünderten Volkes, Beamte und Angestellte, notleidende

### Diktaturregierung hält am Young-Programm fest

Die ersten Beschlüsse des Brüning-Kabinetts  
Berlin, 17. September. (Eig. Bericht.)

Gestern vormittag tagte das Reichskabinett unter Führung des Reichsfinanzministers Dr. Brüning, um zu der Lage nach den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, daß die Diktaturregierung trotz des überwältigenden Mißtrauensvotums, das die Wähler am Sonntag ausgesprochen haben, nicht zurücktreten wird.

Einmütig wurde festgestellt, daß die Regierung ihr Programm auf finanzziellem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet weiter ausarbeiten und durchführen wird. In den nächsten Tagen wird das Kabinett keine Beratungen im einzelnen durchführen.

Das bedeutet, daß die Regierung des Artikels 48 weiterhin an der Durchführung des „inneren Young-Planes“, also weitere Massensteuern, Lohnraub, Steuererhöhungen für die Industriekapitäne und Junker, Abbau der gesamten Sozialpolitik mit aller Rücksichtslosigkeit festhält, gestützt auf ihre sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Helfershelfer.

Mittelständler in den Städten, schaffende Bauern auf dem Lande, der kommunistischen Partei zu. Sie alle wollen mit dem Kapitalismus Schluss machen. Ihnen allen weist das Freiheitsprogramm der kommunistischen Partei den Ausweg aus der Katastrophe, die Rettung aus dem Elend.

**Wir stürmen für Sowjetdeutschland. Wir kämpfen für die Interessen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land und aller Armen, Hungernden und Stempelnden. Wir kämpfen für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes.**

Wir kämpfen für die arbeitenden Frauen, die besonders schwer unter dem brutalen Druck des Kapitalismus zu leiden haben und für die Millionen des Jungproletariats, das man brotlos und rechtlos machen will.

Jetzt gilt es mit ganzer Kraft die proletarische Einheitsfront zu schmieden. Wir rufen alle sozialdemokratischen Arbeiter, alle christlichen, alle parteilosen Arbeiter auf, gemeinsam mit den Kommunisten den mörderischen Faschismus niederzukämpfen. Die Millionenmassen setzen sich in Bewegung gegen die kapitalistische Young-Herrschaft. Das kommende Sowjetdeutschland marschiert. Der heutige Sieg muß durch noch größere Siege in der nächsten Zukunft gekrönt werden.

Das Heer der Erwerbslosen muß gemeinsam mit den Betriebsarbeitern für Arbeit, Brot und erhöhte Unterstützung kämpfen. Den nationalsozialistischen Arbeitermördern muß das Handwerk gelegt werden. Eine Armee von roten Betriebswehren muß in allen Fabriken, Schächten und Werften Deutschlands entstehen.

**Die Arbeiterschaft muß sich bereit halten, mit allen Mitteln, in erster Linie durch die scharfe Waffe des politischen Massenstreiks die Diktaturpläne der Faschisten zu durchkreuzen.**

Neue große Aufgaben stehen vor der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie ist fest entschlossen, den räuberischen Youngplan mit den Methoden der offenen, brutalen Diktatur, des unverhüllten Faschismus, durchzuführen. Die Hungeroffensive des Kapitals, die vor dem 14. September das Volk mit den Notverordnungen der Brüning-Regierung bedrückte, soll in den kommenden Monaten noch maßloser, noch rüberlicher fortgesetzt und gesteigert werden. Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen das Proletariat in mächtigen Lohn- und Wirtschaftskämpfen gegen die Unternehmertoffensiven für den Siebentundentag bei vollem Lohnausgleich und allgemeiner Lohnerhöhung führen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen, wert-tätige Wähler der kommunistischen Partei, Proleten in Stadt und Land: Tretet ein in die KPD.!**

**Rote Wahlkämpfer! Sammelt euch gemeinsam mit uns zur machtvollen Kampffront gegen den Faschismus!**

**Jungarbeiter! Einigt euch in den kommunistischen Jugendverband!**

**Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Es lebe der Kampf gegen Massenelend, Young-Sklaverei und Faschismus!**

**Es lebe der Kampf für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!**  
**Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands!**

**Zentralkomitee der KPD.**  
(Sektion der kommunistischen Internationale)

# Unser Wahlsieg und der Kampf gegen Faschismus

## Vorwärts auf dem Wege zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse

Das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September, die entscheidende Tatsache für den ganzen weiteren Verlauf des Klassenkampfes in Deutschland ist der Wahlsieg der kommunistischen Partei. Mehr als 4 1/2 Millionen Wähler haben für die KPD gestimmt, mehr als 1,3 Millionen sind in den zwei Jahren seit der letzten Reichstagswahl für die Forderungen der Kommunisten neu erobert worden. Wir haben 22 neue Mandate erobert und sind zur drittstärksten Partei geworden.

Noch klarer zeigt sich das Ausmaß unseres Sieges, wenn man die Ergebnisse in den einzelnen Großstädten und Wahlkreisen betrachtet. Das rote Berlin hat nicht nur einen Sieg, sondern geradezu einen überwältigenden Sieg über die Sozialdemokratie, die Faschisten und alle anderen bürgerlichen Parteien errungen. Zum ersten Male seit dem Bestehen der SPD sind wir die größte Partei in Berlin. Die Kommunisten haben in der Hauptstadt Deutschlands, am Sitz der Regierungsmacht, die Sozialdemokratie um 1000 Stimmen über sich gelassen. 1928 besaß die Sozialdemokratie 816 198 Stimmen in Groß-Berlin, heute nur noch 737 821. Vor zwei Jahren erhielten wir 811 317 Stimmen, am 14. September 1930 stiegen wir auf 736 086 Stimmen. Im engeren Wahlkreis Berlin haben wir die Sozialdemokratie um 80 000 Stimmen geschlagen, die kommunistische Partei erhielt dort 33 Prozent aller Stimmen: jeder dritte Berliner Wähler ist ein kommunistischer Wähler.

Ähnliche Erfolge haben wir in mehreren anderen Gebieten Deutschlands zu verzeichnen. Ganz besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Oberschlesien, in Mitteldeutschland, in Sachsen, wo wir um mehr als 33 Prozent gewachsen sind. Gleichzeitiger sehen wir aber auch, außerhalb der wichtigsten Industriezentren einen glänzenden Vormarsch der kommunistischen Partei, in solchen bäuerlich-landwirtschaftlichen Gebieten wie Frankfurt a. d. Oder, wo wir von 49 000 auf 81 000 Stimmen stiegen, in Pommern, wo wir von 34 000 auf 55 000 Stimmen stiegen, in Oberbayern, wo wir von 50 000 auf 81 000 stiegen. Besonders charakteristisch ist es, daß wir überall gewonnen, und zwar außerordentlich stark gewonnen haben. Es gibt keinen Wahlkreis, wo die SPD diesmal Stimmen verloren hätte.

Das Hauptergebnis der Wahl ist ein jürrischer, auf allen Fronten gleichzeitiger

### Vormarsch der kommunistischen Partei in ganz Deutschland

Das ist eine großartige Bestätigung unserer Einschätzung der politischen Situation. Die Radikalisierung der Arbeiterklasse macht ungeheure Fortschritte. Die verarmten, ausgeplünderten Massen der werktätigen Bevölkerung wenden sich der kommunistischen Partei zu. Uns kommt es nicht auf die Mandate im Parlament an, sondern auf das einzige revolutionäre Mandat, das wir anerkennen und erstreben: das Vertrauen, die Zustimmung, die glühende Sympathie von Millionen Werktätigen, die sich zu den bolschewistischen Forderungen bekennen.

Dieses Ergebnis kann durch den großen, zahlenmäßigen Erfolg der Faschisten in keiner Weise beeinträchtigt werden. In einer Situation des verschärften Klassenkampfes, wo das deutsche Volk in den Ketten der Youngklaverei köhnt, wo Hunger und Elend durch alle Gassen zieht, ist es unvermeidlich, daß alle Kräfte der Gesellschaft sich mehr und mehr um zwei feindliche Lager zusammenschließen: das Lager des Faschismus und das Lager der proletarischen Revolution.

Alle „traditionellen“ bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums, das seine Anhängergerhart diesmal noch durch das kirchlich-religiöse Opium betäuben konnte, — haben eine katastrophale Niederlage erlitten; einige von ihnen sind vollständig von der Bildfläche verschwunden. Die ehemaligen Wähler dieser Parteien wurden durch die Nationalsozialisten aufgefangen. Gleichzeitig gelang es der Hitlerpartei, über die bisherige Anhängererschaft der bürgerlichen Parteien hinaus, neue Wählergruppen zu erfassen. Da Deutschland in seiner erdrückenden Mehrheit aus Werktätigen zusammengesetzt ist, enttarnen selbstverständlich auch die heutigen Wähler der Faschisten in der Mehrzahl dem werktätigen Volk. Das unterste die Hitlerbewegung in keiner Weise von irgendeiner beliebigen anderen bürgerlichen Partei in einem modernen Industriestaat, sei es das Zentrum, die Deutschnationalen oder die Volkspartei.

Gerade darin besteht ja das Wesen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, daß sie sich eben durch den Betrug, durch die Irreführung der arbeitenden Volksmassen aufrecht erhält.

Es bleibt die Frage zu beantworten, ob die Wählermassen der bürgerlichen Parteien durch den Übergang zu den Nationalsozialisten ihre Zufriedenheit mit dem bestehenden kapitalistischen System, ihr Einverständnis mit der Herrschaft des Finanzkapitals zum Ausdruck bringen, oder nicht. Es ist vollständig klar, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Millionen Werktätige können für die Nazis, um ihre Erbitterung über die kapitalistische Mißwirtschaft, ihren Protest gegen die Young-Klaverei zum Ausdruck zu bringen.

Die Nationalsozialisten sind die gefährlichsten Agenten des Finanzkapitals, die gefährlichsten Feindeskräfte des Young-Plans.

Ihre ganze Politik dient der Verteidigung des Kapitalismus gegen die drohende proletarische Revolution, der Durchführung des Young-Plans auf Kosten der werktätigen Massen. Die Faschisten, die mit 107 Mandaten in den neuen Reichstag einzuziehen, müssen unvermeidlich das Vertrauen ihrer 6,4 Millionen Wähler zerstören, ihre Erwartungen enttäuschen, ihre Forderungen mit Füßen treten. Darum trägt der Wahlerfolg Hitlers mit unentrinnbarer Sicherheit den Keim seiner künftigen Niederlage in sich. Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.

Der Faschismus ist die letzte Karte der deutschen Bourgeoisie, die sie gegen die drohende Revolution der Arbeiterklasse ausspielt. Diese Karte ist aber zugleich die unsicherste. Der Faschismus, dessen ganze Mission die gewalttätige Behinderung des proletarischen Kampfes, die bewaffnete Verteidigung der kapitalistischen Herrschaft ist, bildet im heutigen Deutschland das lebendigste

Symptom für die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Das ist der objektive geschichtliche Widerspruch, der den kommenden Bankrott des deutschen Faschismus besiegelt.

Die kommunistische Partei ist mit keinem derartigen Widerspruch behaftet. Wir haben in diesem Wahlkampf kein „drittes Reich“ versprochen, sondern die Massen zum Kampf für ihre eigenen Interessen, für Sturz des Kapitalismus, für Sowjetdeutschland aufgerufen. Gewaltige Massen der Arbeiterklasse haben sich zu unserer Fahne bekannt. Wir können die Millionen, die zu uns gekommen sind — im Gegensatz zu den Nazis — nicht nur halten, sondern wir müssen und werden weitere Millionen dazu erobern.

Der Sieg der Kommunisten zeigt sich nicht nur in dem unmittelbaren Vormarsch der KPD, der an unseren eigenen Wahlsieg abzulösen ist, unser Sieg wird auf indirekte Weise auch durch die Niederlage der Sozialdemokratie bestätigt. Die SPD hat am 14. September einen Schlag erhalten, von dem sie sich niemals mehr erholen wird. Sie hat nicht nur 600 000 Wähler verloren, nicht nur ihre Mehrheit in Berlin und in einer Reihe ausschlaggebender Industrieregionen des Ruhrgebiets und Rheinlands eingebüßt. Viel wichtiger ist, daß das gesamte Wahlergebnis einen mächtigen Einbruch der kommunistischen Partei mitten in die Reihen der bisher sozialdemokratischen Arbeiterklasse signalisiert.

Die Sozialdemokratie, die vor zwei Jahren einen beträchtlichen Erfolg errang, ist diesmal mit fast genau der gleichen Regelmäßigkeit in allen Wahlkreisen aufs Haupt geschlagen worden, in denen unsere Partei vormarschiert ist. Diese schwere, entscheidende Niederlage der Sozialdemokratie ist für jeden revolutionären Arbeiter das Schönste, das Erfreulichste am Wahlergebnis. Die Partei der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Partei der berufsmäßigen Henker am deutschen Proletariat, die Partei des systematischen Verrats an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse ist geschlagen worden. Die Partei Jürgiels und Seering's, die Partei der Koalitionspolitik, des Republikfluchtgesetzes, des Young-Plans und der verbrecherischen Schlichtungspraxis wird von ihren eigenen Anhängern verlassen.

Diese Tatsache ist von größter Bedeutung für die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung. Der kommunistische Wahlsieg im roten Berlin und in ganz Deutschland bedeutet den Anfang eines großen Umwälzungs innerhalb des gesamten Proletariats. Wir werden den Wahlausgang vom Standpunkt der wichtigsten, der entscheidenden Aufgabe, die den Kommunisten für die gegenwärtige Periode durch die Beschäftigung der Komintern gestellt ist: die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. In der Erfüllung dieser Hauptaufgabe der proletarischen Revolution in Deutschland haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht.

### Was werden die Folgen der Septemberwahlen sein?

Die bürgerlichen Parteiführer zerbrechen sich den Kopf über die neue Regierungskoalition. Es ist nicht unsere Aufgabe, Prognostikationen über die Kabinettsbildungen der Bourgeoisie zu machen. Die gegenwärtige Regierung Brüning hat ihre bisherige schwache Basis im Parlament vollständig verloren. Die Bourgeoisie orientiert sich auf zwei Möglichkeiten: sofort eine Regierung mit den Nationalsozialisten zu bilden, oder noch einen gewissen Übergangszustand durch eine vorübergehende Koalition mit der Sozialdemokratie zu schaffen. Die Bourgeoisie weiß, daß die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu schließen, jeden reaktionären Gewaltstreik, jede Hungerruhe, jede blutige Schandtat gegen das Proletariat freudig durchzuführen.

### Der Kurs geht auf die vollständige Faschisierung der bürgerlichen Staatsmacht

auf die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die SPD wird aber auch bereit sein, eine national-

sozialistische Regierung zu schließen, selbst wenn man ihr keine Ministerstellen zugesteht. Die deutschen Sozialfaschisten, die jetzt in häßlicher Weise um die Wiederzulassung in das Kabinett der Brüning'schen Notverordnungen betteln, werden vor einer Regierung Hitler genau so auf den Knien liegen wie ihre österreichischen, ungarischen oder finnischen „Bruderparteien“ vor den dortigen faschistischen Diktaturregierungen. Gleichgültig, welchen der beiden Wege oder welchen der dazwischen liegenden Webergänge die deutsche Bourgeoisie wählt: der Kurs geht auf die vollständige Faschisierung der bürgerlichen Staatsmacht, auf die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Siegegen gilt es, die ganze Kraft, die ganze konzentrierte Macht der deutschen Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen. Der Wahlsieg unserer Partei zeigt, welchen riesigen Einfluß die KPD auf die Millionenmassen in den Betrieben und Stempelstellen besitzt. Der ruinierte Mittelstand fängt an, auf unsere Seite überzugehen. Die Not und das Elend treiben alle Werktätigen zum Kampf. Die unterste Schicht der Gesellschaft setzt sich in Bewegung, um das Regime der Kapitalisten zu stürzen. Das ist der Sinn der Wahl vom 14. September.

Unser Sieg, errungen durch die unermüdete Arbeit jedes einzelnen Kommunisten in Deutschland, durch die glänzende, aufopfernde Initiative von Zehntausenden roter Wahlhelfer, durch die revolutionäre Mitarbeit der Roten Frontkämpfer, der roten Sportler und aller revolutionären Massenorganisationen, ruft bei jedem klassenbewußten Arbeiter berechtigten Stolz und echte Freude hervor. Trotzdem sind wir als Bolschewik verpflichtet, nüchtern und kaltblütig die Mängel aufzudecken, die noch in unserer Arbeit vorhanden sind. Wir kennen keine Selbstzufriedenheit, keinen Siegestaumel, die das schwankende Kleinbürgerum auszeichnen.

Wir sehen die ganze Größe der faschistischen Gefahr. Wir sehen aber auch die emporsteigenden antifaschistischen Kräfte des deutschen Proletariats, deren mächtigste unsere eigene Partei ist. Der deutsche Faschismus, der blutdürstig seine Hand nach der Staatsmacht ausstreckt, hat — so wie es bei allen historischen Wendepunkten das Schicksal der deutschen Bourgeoisie war — das Unglück, daß er ein paar Jahre zu spät kommt. In anderen Ländern entstanden die faschistischen Diktaturen nach der Niederlage der Revolution, in der „Frühjahrszeit“ der kapitalistischen Stabilisierung.

Das große Erwachen der Arbeitermassen in Deutschland hat sich am 14. September mit unübersehbarer Deutlichkeit gezeigt.

### Die Liquidierung des Sozialfaschismus

die Loslösung der enttäuschten Anhängergruppen des Faschismus von ihren verräterischen Führern ist die Aufgabe der Zukunft. Der Kampf und nur der Kampf entscheidet, wer das Erbe der verfallenden Weimarer Demokratie als Erster antritt: Sowjetdeutschland oder der Faschismus.

Wenn unsere Partei alle ihre Kräfte anspannt, wenn wir aus den Millionenmassen unserer Wähler Zehntausende neuer Mitglieder werben, wenn wir die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse mit Ausbietung aller Kräfte erfolgreich durchführen, wenn wir politische Massenstreiks gegen die faschistischen Arbeitermörder organisieren, wenn wir in ganz Deutschland eine Armee von roten Betriebswehren unter die Fahnen rufen, wenn wir eine bolschewistische Einheitsfrontpolitik gegenüber den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern anwenden — dann werden wir die Sieger sein.

Die Nationalsozialisten säen Wind und ernten Sturm. Wir Kommunisten haben während des letzten Wahlkampfes die ganze Schärfe der Waffe erprobt, die wir im Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes geschmiedet haben. Wir müssen weiter vorstoßen! Wir werden zustoßen! Unsere kommunistische Partei Deutschlands, geführt auf Millionen Werktätiger, wird zum entscheidenden Hebel der Entwicklung in einer weltumwälzenden Zeit.

# „Die Nazis sind an der kapitalistischen Verfassung am stärksten interessiert“

## Sie erklären sich für Weimar, Young-Plan und Versailles

Auf die demagogischen Versprechungen und lügenhaften Phrasen der Nationalsozialisten im Wahlkampf folgt bereits als erste Handlung nach der Wahl der unerhörteste Volksbetrug der Patentkruzler. Bis vor wenigen Monaten spielten sich die Nationalsozialisten als Bekämpfer der Weimarer Verfassung, als Feinde der kapitalistischen Hindenburg-Republik auf. Jetzt, wo sie vor die Tatsache gestellt werden, ihre Versprechungen ihren Wählern gegenüber einzulösen, legt die parteiinterne nationalsozialistische Pressekorrespondenz, die der nationalsozialistische Abgeordnete Franz Stöhr verantwortlich zeichnet, folgenden Bekenntnis ab:

„Wir werden bald feststellen können, ob sich die, die es in erster Linie angeht, noch an die Verfassung zu halten gedenken. Jedenfalls würden wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzen, wenn der Versuch gemacht werden sollte, mit der Verfassung Schindluder zu treiben. Wie die Dinge heute liegen, sind wir an der kritischsten Innehaltung der Bestimmungen der Verfassung am stärksten interessiert.“

Das bedeutet, daß die Nationalsozialisten in ihrer ersten Erklärung nach den Wahlen ihre eigene Demagogie verleugnen und offen zugeben, daß sie sich schon vor die Republik der Truismagnaten und Junker stellen werden. Das bedeutet, daß die NSDAP für das Kernstück der Weimarer Republik, den Versailles Vertrag und den Youngplan, steht, daß sie an der „kritischsten Innehaltung“ dieser Schandverträge

festhält, daran „am stärksten interessiert“ ist und jeden bekämpfen wird, der gegen die Sklavenverträge Stellung nimmt.

Schneller als man es glauben konnte, entlarven sich die nationalsozialistischen Volksbetrüger vor den breiten Massen derer, die ihren verlogenen Phrasen Glauben schenken.

### Sprengstofflager bei SA-Führer

Polizeisozialisten helfen den Nazis große Mengen des Sprengstoffes in ein anderes Lager zu bringen

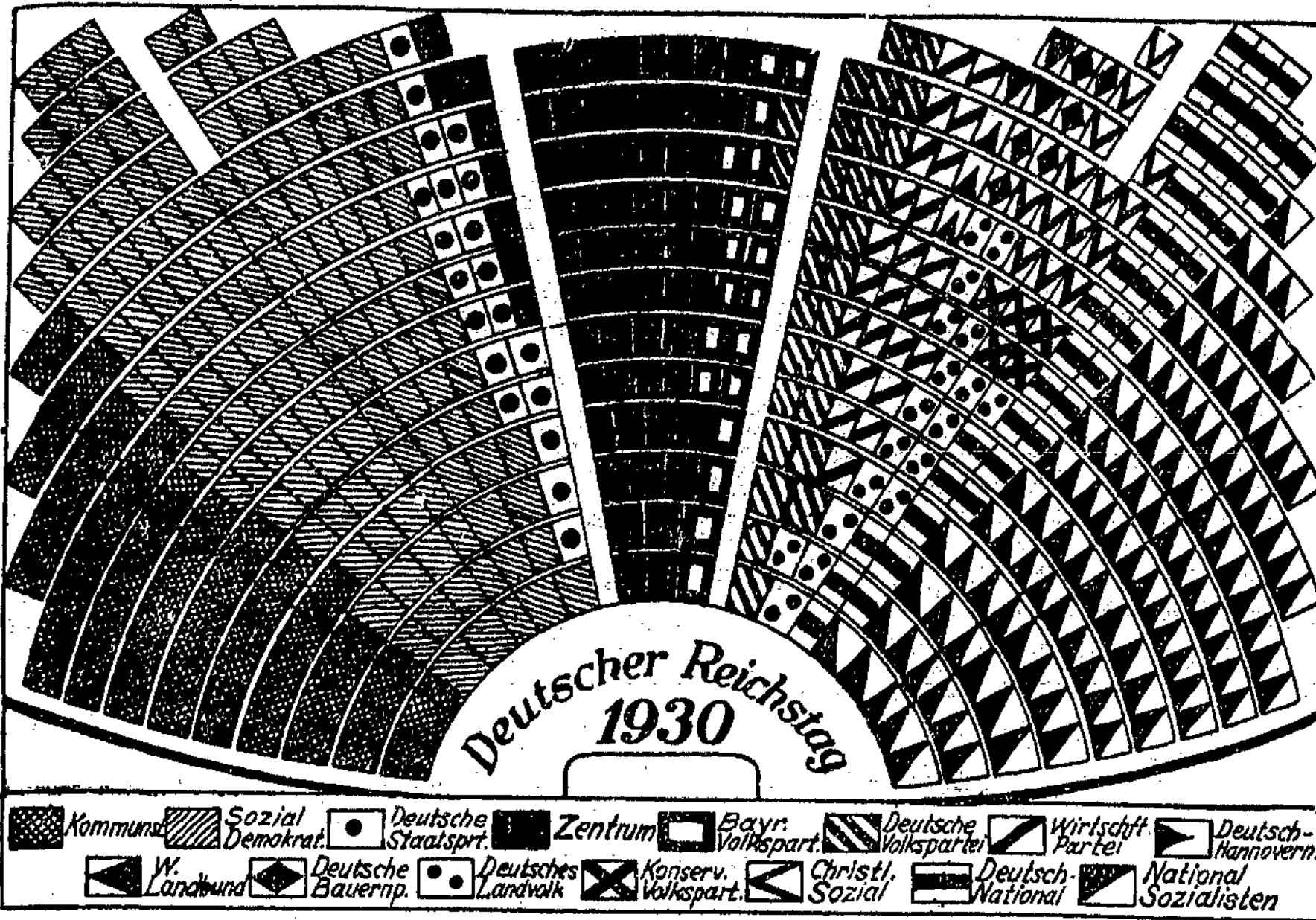
Köln, 16. September. Erst jetzt wird bekannt, daß in der Wohnung des verhafteten SA-Führers der NSDAP, Kurt Konrad, des Mörders des Genossen Klagen, ein großes Sprengstofflager aufgefunden wurde. Es handelt sich um mehrere Monntklapsen, die gereicht hätten, ganze Städte in die Luft zu sprengen. Dieser Sprengstoff wird nur in geringen Mengen hergestellt, alle Kapseln sind mit laufenden Nummern versehen, so daß es ein leichtes sein müßte, den Lieferanten des Sprengstoffes festzustellen. Die Polizei erklart aber, die Herkunft des Sprengstoffes sei unbekannt.

Es wird weiter bekannt, daß die Polizei den Nationalsozialisten Gelegenheit gab, den größten Teil des Sprengstofflagers vor der Hausdurchsuchung wegzubringen. Angeblich weiß man nicht, wohin.

Polizeipräsident in Köln ist der Sozialdemokrat Baumbach. Das Mörderbündnis der Polizeisozialisten mit den Patentkruzlern, das sich bei dem Heberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus zeigte, behält überall

# Rund um den Erdball

Hier wird das Schicksal der Arbeiterschaft nicht entschieden



## Weißgardistische Brandstifter erschossen

Moskau, 15. September. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Staatliche Politische Verwaltung (G. P. U.) stellte bei der Prüfung einer Reihe von Angelegenheiten fest, daß in vielen großen Unternehmen der Staatsindustrie und des Transportwesens gegenrevolutionäre Elemente zu Schädigungszwecken Bedingungen schafften, die Schadenfeuer herbeiführten und beim Ausbruch des Feuers die Arbeiter behinderten.

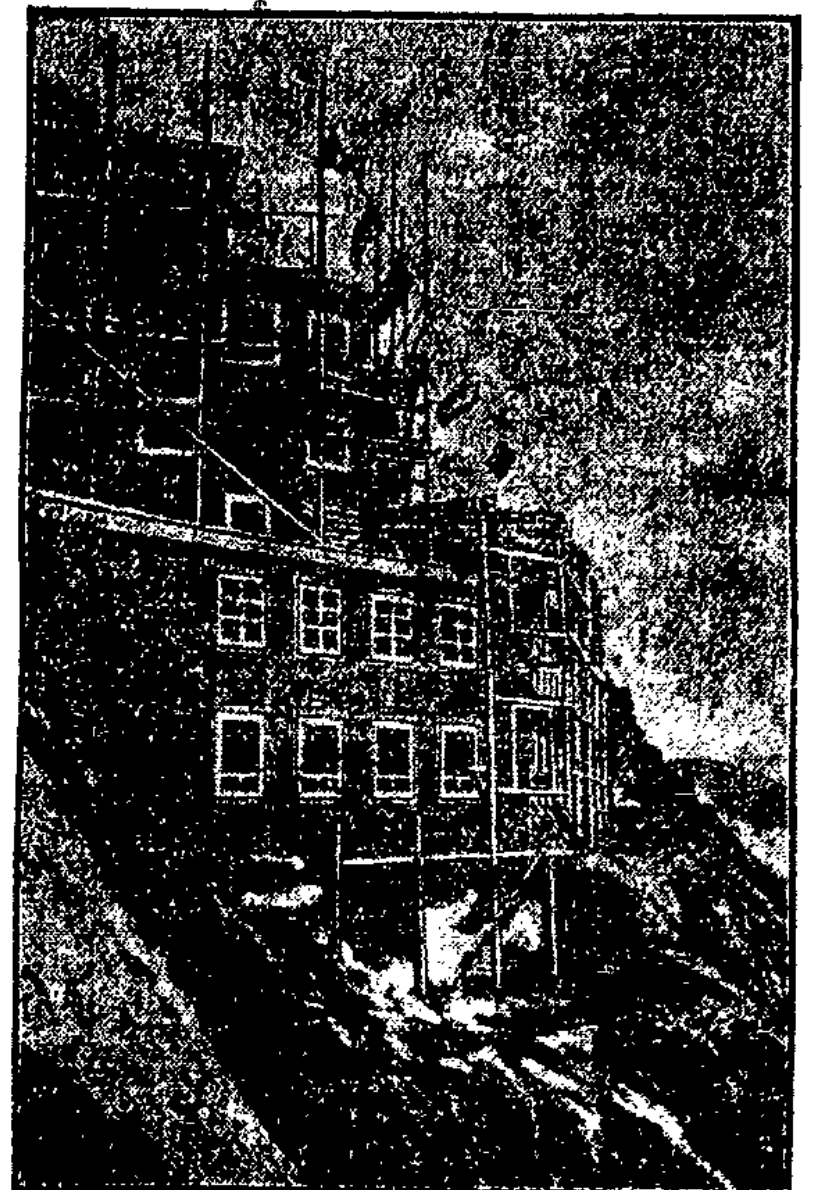
In diesem Zusammenhang wurden zum Tode verurteilt der ehemalige Brandmeister Zisarew von den Waggonreparaturwerken in Perowo, der schon früher wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit verurteilt worden war, ferner der ehemalige mehrfache Hausbesitzer Zwetow, Leiter der Feuerwehr von vier großen Bauorganisationen, und Zushkoffin, der frühere Leiter der Feuerwehr des Staatlichen Industriebaubüros. Fünf Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen in verschiedener Höhe.

## Blitzschlag in eine Ueberlandleitung

Drei Personen vom Starkstrom getötet

Göteborg, 16. September. Während eines heftigen Gewitters, das sich Montag mittag über der Umgebung von Göteborg entlud, schlug der Blitz in ein Bauernhaus ein und zerriß die elektrische Ueberlandleitung, die den Boden berührte. Ein Dienstmädchen, das der Leitung zu nahe kam, wurde getötet. Das gleiche Schicksal erlitten zwei Personen, die dem Mädchen zu Hilfe eilen wollten.

## Hochalpinenforschungsstation Jungfrauoch eröffnet



Auf dem Jungfrauoch am Hange des sogenannten Splinxfelsens in 3450 Meter Höhe wurde vor einigen Tagen unter internationaler Beteiligung eine neue Hochalpinenforschungsstation eröffnet. Sie hat den Zweck, Wissenschaftlern aus allen Ländern die Erforschung der hochalpinen Meteorologie, Fauna und Flora zu erleichtern.

## Mißglückte Kanaldurchschwimmung

Die amerikanischen Zwillingsschwimmern Ziegfeld mußten ihren Versuch, den Kanal zu durchschwimmen, Montag abend aufgeben, da sie zu sehr unter der Kälte zu leiden hatten. Sie waren 12 Stunden 34 Minuten im Wasser.

## Der Tod in den Bergen

Der seit vorigem Dienstag vermißte Kaufmann Eisner aus Berlin, der allein eine Bergtour auf den „Sängling“ (Schweiz) machte, ist am Montag nach langem Suchen gefunden worden. Er ist von einer Höhe von 20 Metern in eine Bergspalte gestürzt und muß auf der Stelle den Tod durch einen schweren Schädelbruch erlitten haben.

## Drei Todesopfer bei einer Autokatastrophe

Nach einer Meldung aus Rom sind bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Autos auf der Landstraße bei Bergamo drei Personen getötet worden. Eine Person wurde schwer verletzt.

## Ein blutiger Scherz

In Dortmund zielte am Dienstag ein 24jähriger Arbeiter in scherzhafter Weise mit einer Floberth-Flinte auf seine Cousine. Hierbei ging ein Schuß los. Das Mädchen wurde von der Kugel mitten in den Kopf getroffen und sank sofort tot zu Boden.

## Die „Isbjörn“ in Norwegen

Nach Stockholmer Meldungen ist das Expeditionschiff „Isbjörn“ mit den neuen Funden von der Andree-Expedition am Dienstag morgen in Moskau, nördlich von Tromsø, eingelaufen.

## Wieder Folterungen in amerikanischen Gefängnishöhlen

# Im „Schwihkasten“ getötet

Bevölkerung von Alabama in heller Empörung

New York, 16. September. (Note-Hilfe-Bericht.) In einem der Gefangenenlager des amerikanischen Staates Alabama ist wieder ein Gefangener in niederträchtiger Weise zu Tode gemartert worden. Die Grausamkeiten und Quälereien, die in dieser Zuchthauszelle zur Anwendung kommen, waren im ganzen Staat seit langem bekannt. Doch bedurfte es erst des entsetzlichen Todes des 38jährigen Gefangenen J. Marshall, um die Bevölkerung gegen diese Foltermethoden mobil zu machen.

Der wegen eines geringfügigen Betruges gefangen gehaltene Marshall wurde vor einigen Tagen in den sogenannten „Schwihkasten“ eingesperrt. Dieser Folterkasten stellt einen hölzernen, festverschlossenen Käfig dar, in dem ein normal gewachsener Mensch nicht einen Millimeter Bewegungsfreiheit hat. In diesem Folterkasten wurden alle Gefangenen eingesperrt, die in irgendeiner Form gegen die barbarische Gefängnisordnung verstoßen.

Marshall soll nach Angaben der Wärter nicht zum Arbeitsdienst angetreten sein. Zur Strafe sperrte man ihn also in den Kasten. Hier mußte er die Arme eng an seinen Körper pressen, um überhaupt stehen zu können.

Atmen konnte er nur, wenn er den Mund eng an die beiden kleinen Luftlöcher preßte,

die in den Wänden dieses Folterkastens sind. Drei Stunden lang hielt man Marshall in diesem Kasten eingesperrt und als

die Folterknechte dann die Tür öffneten, fiel ihnen die Leiche Marshalls vor die Füße. Wie die Untersuchung ergab, hatte der Gefangene die barbarische Folterung nur eine Stunde ausgehalten.

Jetzt, nachdem wieder einmal ein Unglücklicher den mittelalterlich-barbarischen Maßnahmen verurteilter Folterknechte zum Opfer gefallen ist, bemächtigt sich der Bevölkerung von Alabama helle Empörung. Unter Führung der Klassenbewußten Arbeiterschaft verlangen sie die sofortige Untersuchung dieses Gefängnisstandals und exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

## Schwedisches Verkehrsflugzeug abgestürzt

Ein Teilnehmer der „Italia“-Rettungsexpedition verunglückt

Stockholm, 15. September. Ein mit zwei Personen besetztes Flugzeug der schwedischen Verkehrsfliegerische stürzte auf einem Felde beim Stockholmer Flughafen ab und wurde zertrümmert. Beide Insassen starben kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Der Führer des Flugzeugs, der Sergeant Nielsson, war einer der Teilnehmer an der schwedischen Expedition zur Rettung an der „Italia“-Expedition.

## Proletarische Antwort auf Polizeiprovokationen



Protestdemonstration im Wedding gegen den Polizeiterrror am Wahltag

# Das Weltecho unseres gewaltigen Wahlsieges

## „Ein Wendepunkt von internationaler Tragweite“

Auslandsstimmen zum Wahlausgang

Das Ergebnis der deutschen Wahlen hat die Imperialistenpresse des Auslandes in größte Bestürzung versetzt. Der gewaltige Wahlsieg der Kommunisten und der radikale Aufschwung der Nationalsozialisten werden mit Recht als Symptome eines bedeutenden Umschwungs in Deutschland betrachtet, der internationale Auswirkungen haben wird.

Uebereinstimmend wird der Ausgang der Wahlen auf die schwere Krise des kapitalistischen Deutschlands, auf das Waffensenken und die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung zurückgeführt. „Wahlen der Verzweiflung“ meint die Wiener „Neue Freie Presse“. Nicht zuletzt betrachtet man in der imperialistischen Auslandspresse das Ergebnis der Wahlen als einen eindeutigen Protest breiter Volksmassen in Deutschland gegen den Young-Plan und den Versailles Vertrag.

Im Zusammenhang damit wird hervorgehoben, daß die deutsche Außenpolitik von dem Wahlsieg der Nationalsozialisten nicht unberührt bleiben werde. Die französische Presse schreibt bereits über Kewenau und fordert eine aggressive Außenpolitik Frankreichs. Eine schwere Erschütterung der internationalen Beziehungen im kapitalistischen Europa wird vorausgesagt.

Vor allem aber fürchtet die ausländische Imperialistenpresse die innerpolitischen Auswirkungen des kommunistischen Wahlsieges in den übrigen kapitalistischen Ländern. Die polnische Presse insbesondere fürchtet, daß der Wahlsieg der deutschen Kommunisten der kommunistischen Bewegung in Polen im gegenwärtigen Wahlkampf einen starken Antriebs geben werde.

## Ein „politischer Wendepunkt“

Der französischen Imperialistenpresse hat sich eine große Erregung bemächtigt. Sie bezeichnet den 14. September als einen „schwarzen Sonntag“ für die europäische Politik („Liberté“). Der „Temps“ spricht von einem „politischen Wendepunkt“ in Deutschland. Eine Periode der deutschen Politik sei abgeschlossen, und eine neue Periode beginne. Europa gehe ernstlichen Prüfungen entgegen. Der „Intransigent“ prophezeit das Ende der deutsch-französischen Annäherungspolitik. „Journal des Débats“ und andere Blätter fordern eine Neuorientierung der französischen Außenpolitik gegenüber Deutschland. „Petit Parisien“ stellt eine Trübung der Atmosphäre für die internationalen Beziehungen Deutschlands fest. „Figaro“ fürchtet schlimme Folgen für den europäischen Frieden. Das Blatt ist der Auffassung, daß die durch die Wahlen geschaffene Atmosphäre ernste Rückwirkungen auf die außenpolitische Lage Deutschlands haben werde.

## „Abenteurerpolitik — Anarchie?“

„Journal“ äußert sich mit unverhohlener Angst über die nächsten Perspektiven der Entwicklung in Deutschland. Nach einem Hinweis, daß das Ergebnis des 14. September 1930 die schlimmsten Befürchtungen übertreffe, fragt das Blatt: „Welchen Weg wird Deutschland einschlagen? Was wird der Winter bringen, wenn die Zahl der Arbeitslosen auf vier Millionen steigen wird? Wird man blutige Zusammenstöße erleben, die Unterwerfung der Demokratie durch Gewalt, Abenteurerpolitik, Wirtschaftskrise, Reichstagsauflösung, Krise des Regimes, Gewaltstreik, Anarchie — alles das ist Geheimnis der Zukunft.“

## „Gefahren für Europa“

Die englische Presse führt das Ergebnis der Wahlen auf „den Unmut der Wähler über die politische und wirtschaftliche Not Deutschlands“ zurück. („Times“). Die

„Morning Post“ erblickt in dem Ausgang der Wahlen eine schwere Gefährdung der Stabilität des kapitalistischen Systems in Deutschland. „Daily Herald“ jammert über den Wahlsieg der Kommunisten. Der Ausgang der Wahlen schaffe eine Lage, die voll von Gefahren für Deutschland und für Europa sei.

## „Wahlen der Verzweiflung“

Das „Neue Wiener Tageblatt“ macht den Versailles Vertrag und den Young-Plan für das „katastrophale“ Ergebnis der deutschen Wahlen verantwortlich. Die „Neue Freie Presse“ spricht von „Wahlen der Verzweiflung“. Die Heimwehrblätter sprechen die Vermutung aus, daß die Rechtsparteien und die Nationalsozialisten auf Grund eines Kompromißprogramms gemeinsam eine Diktatur aufrichten.

## „Die Leiden des Proletariats...“

Das „Journal de Genève“ bezeichnet den Ausgang der Wahlen als „beunruhigend“. Es führt den Wahlsieg der Kommunisten und die gewaltige Stimmenzunahme der Nationalsozialisten auf die „fürchterliche Krise der Industrie und

Landwirtschaft, die Leiden des städtischen Proletariats und die allgemeine Unzufriedenheit“ zurück.

## Die Pilsudski-Presse in Sorgen

Die polnische Regierungspresse ist über den Ausgang der Wahlen in Deutschland sehr bestürzt. Der gewaltige Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten wird von den polnischen Regierungsparteien im Wahlkampf propagandistisch ausgenutzt durch eine verstärkte chauvinistische, deutschfeindliche Kampagne. Große Beunruhigung weckt der Wahlsieg der Kommunisten, der, wie man befürchtet, die polnischen Kommunisten zur Verdoppelung ihres Eifers anstacheln und auf alle unzufriedenen Schichten in Lage und als Massenprotest gegen den Young-Plan gewertet.

## „Reaktion und Revolution rücken an die Front“

Die dänische Presse versucht eine nüchterne Beurteilung der deutschen Wahlen. „Politiken“ schreibt: „Reaktion und Revolution rücken an die Front“. Das Ergebnis der Wahlen wird als Folge der katastrophalen Wirtschaftslage und als Massenprotest gegen den Young-Plan gewertet.

## Der Widerhall in Genf

Genf, 15. September. Der außerordentliche Vormarsch der Kommunisten hat alle Delegationen zur Völkerbundstagung in überaus große Bestürzung versetzt. Besonders beunruhigend wirkte der katastrophale Rückgang der Regierungsparteien, die in Genf vertreten sind.

In der Nacht von gestern auf heute verbreitete sich das Gerücht, Curtius werde sofort nach Berlin zurückkehren; diese Nachricht wurde jedoch dementiert.

Nach zehntägigen Diskussionen, in denen die internationale Krise immer wieder zur Sprache kam und die Ohnmacht des Völkerbundes zutage trat, hat die Tatsache, daß Millionen Proletarier sich zum Kommunismus als einziger Lösung bekennen und daß die kommunistische Partei die drittstärkste Partei im deutschen Parlament geworden ist, in Genf niederschmetternd gewirkt.

Die meisten europäischen Delegationen, vor allem die Delegationen Frankreichs und Polens, verheimlichen nicht ihren Wunsch, möglichst schnell abzureisen, um in ihre Heimatländer zurückzukehren.

## Indische Massen stürmen

Bombay, 15. September. Blutige Unruhen haben sich in dem Orte Gulaohi in den vereinigten Provinzen ereignet. Eine große Menge stürmte die dortige Polizeiwache. Drei Aufständische wurden getötet und vier schwer verletzt. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter getötet, viele schwer und leicht verletzt.

Auch in der Nordwestprovinz leisteten die Aufständischen den britischen Truppen harten Widerstand.

## Unterstützt den ungarischen Freiheitskampf

Wien, 16. September. Aus Budapest wird gemeldet: Nach dem 1. September setzte in Budapest eine große Terrorwelle ein; in den Arbeiterbezirken erschienen Polizeiganganten, und in den Betrieben denunzierten Sozialfaschisten die Arbeiter, die ihrer Lösung, am 1. September nur einen ruhigen Demonstrationsparadezug zu veranstalten, nicht Folge leisteten. Besonders richteten sich die Angriffe der faschistischen Diktatur gegen die Rote Hilfe, die die Lösung: „Einen Stundenlohn für die Unterstützung der Opfer!“ ausgegeben hat. Es finden Massen-

verhaftungen von Funktionären wegen dieser Unterstützungsaktion der Roten Hilfe statt.

Die K. S. Ungarns appelliert an die aktive Unterstützung des internationalen Proletariats, um ihre Aufgabe der Hilfe für die Opfer des 1. September erfüllen zu können.

## Bauarbeiterkampf in Spanien

Madrid, 16. September. In Barcelona und in Granada ist ein neuer Generalstreik der Bauarbeiter ausgebrochen. In beiden Orten ist es bereits zu schweren Zusammenstößen sowohl mit der Polizei wie mit Streikbrechern gekommen. Hunderte von Bauarbeitern wurden verhaftet.

Lissabon, 16. September. Unter den hiesigen Bäckern ist der Streik ausgebrochen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

## 12 Jahre Zuchthaus

Reval, 16. September. Paul Baumann, der Hauptangeklagte in dem großen Tendenzprozeß der estnischen Reaktion gegen die revolutionären Arbeiter wurde vom Kriegsgericht in Reval zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Dasselbe Strafmaß erhielt der Mitangeklagte Larim. Sechs weitere Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen zwischen vier und acht Jahren.

In diesem Prozeß sollte durchaus die Erschießung des Revaller Garnisonkommandanten General Unt den Kommunisten in die Schuhe geschoben werden. Der Staatsanwalt forderte den Kopf des Genossen Baumann. Doch die ganze auf Meub laute Anklage stürzte vor dem Klassengericht zusammen, so daß die estnische Bourgeoisie es nicht wagte, Todesurteile zu fällen. Mit dem fürchterlichen Zuchthausurteil soll die estnische Arbeiterklasse ihrer Führer im Kampf gegen Reaktion und Intervention beraubt werden. Ein Massenproteststurm muß einsetzen.

## Massenverhaftungen in Buenos Aires

Buenos Aires, 16. September. Die Regierung des Generals Uriburu nahm unter den revolutionären Arbeitern von Buenos Aires Massenverhaftungen vor. In der Hauptstadt werden trotz dieses Terrors weiterhin Tausende von kommunistischen Flugblätter verbreitet.

## Baumwollspinnerei

Von Paul Peters, Chicago

1. Fortsetzung

Durch die Höfe läuft ein Wasserrohr mit einem Hahn zwischen je zwei Häusern. In deren Innern ist kein Verputz, keine Tapete, kein Anstrich, kein Gas, keine Elektrizität, kein Bad und keine Abflußvorrichtung; keine Fenster und nur wenige; ein einziger Kamin, mit großen Klammern im oberen Teil der Wand angebracht, um Steine zu sparen. Gibt es noch einen dritten Raum im Obergeschloß, so hat er überhaupt kein Fenster und das Dach drückt auf deinen Kopf. Dies ist Heimat, das ist Leben. Das und die Fabrik.

Die Fabrik ist anders. Ihre Wände sind weiß gewaschen. Um ihre Büros grünt ein Grasgrün. Ein hartes Eisenblech betont ihre hochmütige Distanz. Ihre soliden Steinmauern strecken sich in die Höhe und breiten und beherrschen die Stadt, wie Kathedrale oder Palast im Mittelalter die Hütten Europas beherrschten. Die Fabrik ist Gesetz, die Fabrik ist Gott, die Fabrik ist letzte Vernunft.

Von den Kampagnenbaraden, wo du schläfst und ißt und zeugst, zur Spinnerei, wo du zehn Stunden des Tages (eif bei Nachtlicht) arbeitest, und zu den Kompagnieläden, wo du dein Geld für elende Nahrung und minderwertige Kleidung wieder hinauswirfst: das ist das freie Leben im neuen Süden. Ein Kornschwips am Samstagabend (von einem Eß- oder Zwölf-Dollar-Lohnhütchen) oder ein schlechter Film in einem hergerichteten Stall in der Main-Street bedeuten Luxus. Alles das kommt natürlich nur für die Geschäftsjahreszeit in Betracht, wenn die Fabrik die Segnungen des freien amerikanischen Lebens über dich ausgießt. In harten Zeiten lebst du auf Kredit vom Kompagnieladen. Wenn dir das nicht gefällt — nun wohl, es steht dir frei zu gehen oder nicht. — Das heißt, wenn du deine Schulden bezahlt hast. Ja, und von dieser Sorte gibt es hunderte Fabrikschäbde in diesem Gebiet.

Meine Stadt war größer als die meisten, sie war die Hauptstadt in ihrem Bezirk. Ihre Main-Street hatte Boulevardlichter, feuerfeste Steinhäuser, eine jener prunkenden amerikanischen Hotelfallen mit knüppelbäcker Bequemlichkeit; Warenhäuser mit Reihen von Schaufenstern, Juwelierläden; Restaurants, in denen

die Menschen zu essen schienen, nicht weil sie hungrig waren (konnten die wohl jemals hungrig sein?), sondern weil sie das Geld hatten, um es auffällig auszugeben. Rog man jedoch in eine Seitenstraße ein, so war man wieder im Süden der Baumwollspinnereien. Straßen, bedeckt mit Papier, verrückte Baraden, Herbergen, die nach rauchigem Fett stanken, schmühsige Fenster, trübe Beleuchtung, Armut — Armut, welche alle Lebenskraft, alle Farbe und alles Licht aufsaugt wie ein Kanal die Abwässer. Weit draußen im Fabrikviertel wäscht eine Schmutzflut die Stadt schwarz. Main-Street aber ist eine Perlenkette an einer schmühsigen, alten, zahnlosen Schlange, der das Haar wirr ins Gesicht hängt.

Es war ein Erlebnis, mit lahmen Schenkeln und hängenden Schultern am Abend durch diese Straßen zu gehen. Was tat ich mit meinen schweren Schuhen und groben Kleidern in der Main-Street? Gehörte das nicht zu den alten Tagen, da ein Mann den Trost der Bücher genoh, die eitle Wichtigkeit der Bilder an den Wänden, die gedankenlose Sicherheit guten Essens, die Würde kultivierter Freunde? Mit all dem war ich fertig. Bei dieser Erkenntnis suchte es in meinen Füßen und ich wußte zugleich, daß so he Erkenntnis die Eigenschaft besitzen, in der Atmosphäre gepolsterter Hotelhallen und fetter Restaurants zu vergehen. Nun gehörte ich in die Seitenstraßen, in die Vorstädte. Ich gehörte zu den Mageren, welche beim Gehen den Bauch herausstößen und die Glieder nachschleppen.

Hier war ein Geschlecht von Bergbewohnern, hilflos und schlampig; Gitarre klirpernd rälten sie sich an den Haustüren, plärren ein Liedchen oder erzählen in ihrem nasal Singens; verlaufen faulende Tomaten oder mabige Äpfel auf dem Markt; schlafen auf Zeitungen in den Ladentüren und trümen flach in Eßstagen um einen Prediger an jeder Ecke: „E-e-e-hre sei Jesus! Ge Segnet sein heiliger Name! A-a-amen, Bruder, a-a-amen. O, Jesus, rette mich! Jesus, rette mich!“

III

Ich verbrachte meine Tage wie sie, schweigend fürs Brot. Ich aß mit ihnen, in einem Mauerpalt hockend, was es nicht so? Ich dieleichen unappetitlichen Buletten, den gleichen schwabbligen Speck; schwächte und potete mit ihnen und lachte wie sie, um den lauten Gestank zu vergessen, der in einem blauen Dunst aus den Eßträgern aufstieg. Ich flog gegen ihre Frauen an den Ecken, war es nicht so? Häßliche Frauen, die sich mit langjamem, unzuchtigen Hüften und dreistem Abhängen in den Augen

vorbeibewegten. Und dann, einmal unter Tausenden kam das Strahlen jener herben, strengen Gesichtszüge, das Lincoln-Gesicht, das traurigste und schönste Gesicht in der Welt.

Moskitos tanzten über mein Gesicht im Bett. Vom Hinterhaufe her kam ein plötzliches Rasseln einer Trommel, klirrte ein Klavier. Dann schrillte in Sykerie eine religiöse Belehrungsklitanei. Eine Frau klagte in den höchsten Tönen der Reue. Ein Mann heichelte mit zitternd auf- und abgleitender Stimme. Dann beteten alle in wilder Inbrunst. Stöhnend und weinend stampften sie mit den Füßen, klatschten in die Hände und kreischten: „Heilig! Heilig! Heilig!“ In welcher Qual sie beteten. Sie gebärdeten sich gleich verwundeten Tieren, die in die Dunkelheit brüllen und sich gegen einen unsichtbaren Käfig werfen. Es gehören wohl starke Menschen dazu, um sich so in Gram und Verzückung zu bekennen, und nur solche verkrümmerten Herzens, die fürchtbar ausgelassen, die nicht den Mut zu einer einzigen, einfachen, ehrlichen Nahrung haben, können darüber lachen.

Andere Menschen kamen in meinen Gesichtskreis auf der Arbeit. Es kam der Tag, da Cully, lachend wie ein Schuljunge und Wasser spritzend im Ankleideraum verkündete, daß er morgen „die Kleinen zum Jahrmarkt mitnahm“. Der Nachtmann vertrat Cully. Er war nur halb so groß wie Cully und nur halb so stark: blaß, schwach, mit klaren, grauen Augen. Doch was ein Vergnügen war es, mit ihm zu arbeiten! Noch nie sah ich einen Mann mit solch klugen Händen, noch einen, der mit solch gelassenem und geräuschlosem Tempo arbeitete. Kopf an Kopf auf den Leitern hingen wir die Rohre auf. Wir redeten fast gar nicht, einer begriff den andern mit einem Blick. Manchmal schien es, als könne ich seine Gedanken lesen, so einfach war sein Sinn, so kristallklar. Ruheten wir für einen Augenblick und wischten uns den Schweiß aus den Augen, dann sah er auf mich mit einem stillen Lächeln der Freundschaft. Der Tag verging im Nu. Wir vollbrachten die doppelte Arbeit mit einem Viertel an Energie. Diesen Abend ging ich pfeifend nach Hause.

Sie war angewiesen, uns zu helfen. Sie war ein halber Idiot, er konnte weder lesen noch schreiben. Von der Farm, auf der er geboren war, hatte er sich wie weiter als auf fünfzig Meilen entfernt. Sein Gesicht war wie mit einem stumpfen Messer aus rotem Ton gekragt.

(Fortsetzung folgt.)

# Wir werden die Macht erobern

SPD.-Arbeiter, her zu uns!

Bankrott ist die deutsche Sozialdemokratie in diesen Wahlkampf gegangen. Bankrott steht sie am Tage nach der Wahl da: geschlagen von der KPD, mit Unruhe und Rebellion der Mitglieder in der eigenen Partei. Noch schamloser muß die Sozialdemokratie alle Befehle der Diktaturregierung schlingen, will sie nicht von den staatlichen Futtertrüpfen in Preußen und im Reich liegen. Der „Vorwärts“ versucht, das Angebot zur Unterstützung der Brüning-Regierung und zur Aufrechterhaltung der Artikel-48-Notverordnungen durch die SPD vor den Arbeitern durch einen Schein Kampf gegen den Faschismus zu verhängen. In diesem Zeichen stand sein gekrümmter Vortragsstil.

Hunderttausende von sozialdemokratischen Arbeitern haben nach dem Wahlausgang die Frage aufgeworfen, worauf der Verlust ihrer Partei, der prozentual Millionen beträgt, zurückzuführen sei. Sie haben sich gefragt, warum die faschistische Partei unter der Regierungssära der Severing und Zörgiebel so gewaltig anwachsen konnte. Sie erkennen erst jetzt, daß die Politik ihrer Partei den Faschismus nicht aufhält, sondern ihn durch die blutigen Zörgiebel-Taten den Weg bereitet. Und diese Arbeiter werden diese Erkenntnis noch schärfer erhalten, wenn die Sozialdemokratie erneut und frechtlos die Bürgerdiktatur unterstützen wird. Die SPD-Führer wollen diese Unterstützung mit der Maste des „Kampfes gegen die Nazis“ tarnen.

Der „Vorwärts“-Artikel zeichnet daher die Gefahr eines nationalsozialistischen „Putches“ und verschweigt, daß die Bourgeoisie die Nazis längst regierungsfähig gemacht hat. Er verschweigt, daß die heutigen Koalitionsgenossen die Nazis sein werden bei der Durchsetzung ihrer faschistischen Diktaturpolitik. Der „Vorwärts“ weist auf die Waffe des politischen Generalstreiks gegen faschistische Putchversuche hin und wagt zu erzählen, daß die bewaffnete Staatsmacht im Ernstfall gegen die Faschisten stehen würde. Der „Vorwärts“ weiß genau, daß die Bourgeoisie, ob mit Nazis oder Faschisten in der Regierung, ihre ganzen bewaffneten Streitkräfte zielbewußt faschistisch macht. Er will bei seinem Scheinkampf gegen die Faschisten die Arbeiter irreführen, sie abhalten von der Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks zum Sturze auch jeder sogenannten legalen Faschistenregierung.

Der „Vorwärts“ bietet der Bourgeoisie die Senkerhilfe der Sozialdemokratie zum „blitzschnellen Eingreifen der Staatsgewalt“ gegen einen „kommunistischen Putch“ an. Die

# Jetzt hinein in die KPD!

Die Uebertrittsbewegung geht weiter — Sie stehen Schlange, um in die KPD zu kommen

Der ungeheure Aufschwung der kommunistischen Bewegung, der in dem Wahlsieg vom 14. September seinen Ausdruck fand, zeigt sich auch in dem Beginn einer Massenbewegung der Organisation neuer Kräfte in der Partei des revolutionären Proletariats.

Die Uebertrittsbewegung sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei, die bereits vor den Wahlen einsetzte, geht weiter. In Pforzheim (Oberpfalz) sind sieben bisherige Mitglieder der SPD zur kommunistischen Partei übergetreten. In einer Uebertrittserklärung stellen sie fest, daß die Sozialdemokratie alle Grundsätze des Sozialismus über den Haufen geworfen hat. Sie sehen in der kommunistischen Partei die einzige Befreierin des Marxismus, die Führerin im proletarischen Befreiungskampf. An der Spitze der Unterzeichner dieser Erklärung steht der bisherige Vorsitzende der SPD, Max Böhler.

Auch im Ruhrgebiet ist ein gewaltiger Ansturm von

Männern. In Anröchte bei Lippstadt beriefen parteilose Arbeiter eine Wahlversammlung der KPD ein, gründeten eine 18 Mitglieder starke Parteigruppe.

In Erfurt fand am Sonntagabend eine Kundgebung zum Wahlabschluß statt, in der 50 Arbeiter der kommunistischen Partei beitraten.

Das alles ist erst der Anfang eines großen Massenaufgebots neuer Kämpfer in die Reihen der Mitgliedschaft der kommunistischen Partei. Es zu steigern und zu beschleunigen, ist jetzt erste Pflicht jedes Genossen.

Arbeitern, die sich in die KPD aufnehmen lassen. In Reddinghausen stellten im Anschluß an eine Versammlung die Arbeiter sich vor dem Ausnahmesüro in einer langen Schlange auf. Es wurden hundert Parteinaufnahmen gemacht. In Bünns traten nach einem Referat des Genossen Moritz 62 Arbeiter der KPD, und 15 dem NSDAP bei. Unter ihnen befindet sich auch der bisherige Vorsitzende der NSDAP.

# Schafft Rote Hilfe für die Opfer des Wahlterrors

Acht Arbeiter im Wahlkampf ermordet — Hunderte schwer verletzt Tausende verhaftet!

4 1/2 Millionen Werktätige haben am 14. September ein Bekenntnis für den Kommunismus, für ein Sowjetdeutschland abgegeben. Trotz des brutalen Terrors, der Lügen- und Verleumdungskampfs ist die kommunistische Partei die stärkste Partei im roten Berlin. Aber gerade weil die Bourgeoisie wußte, daß die KPD vorwärts marschiert, legte sie alle ihre Goldstücke zum brutalen Terror gegen die Liste 4 ein. In zahlreichen Städten ist das Versammlungsrecht aufgehoben, die Wahllokale der KPD verboten und beschlagnahmt worden. Planmäßig haben die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, Nationalsozialisten und das Reichsbanner brutale Ueberfälle auf die roten Wahlhelfer durchgeführt.

Auf Befehl des sozialdemokratischen Landrats Köhner wurden am 25. August in Bunzlau bei einer Wahlkundgebung drei Arbeiter erschossen, 50 schwer verletzt.

Von Nationalsozialisten wurde am 16. August der 74 Jahre alte Fischer Eduard Stedler in Ostpreußen überfallen. Er erlag am 26. August seinen furchtbaren Verletzungen. In der Nacht zum 27. August wurde in Köln der Arbeiter Klassen von Galenkreuzlern erschossen.

Am 7. September d. J. erlag ein Naziführer in Mohrning den Arbeiter Erich Polz bei der Landagitation für die Liste 4. Als Folge der systematischen Hege der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse erfolgte am 9. September in Bad Ems der Mordüberfall auf Mag Hoelz.

Am Vorabend der Wahl machte die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel gemeinsam mit den Nazis einen Feuerüberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus. Der Arbeiter Artur Hanert wurde dabei erschossen, mehrere Arbeiter schwer verwundet.

Die Asekolonnen der roten Wahlhelfer wurden nachts von der Polizei und den Nazis, die Spitzeldienste leisteten, überfallen. Zahlreiche Matratzen verhaftet. In der Nacht

vom Sonnabend zum Sonntag erschloß der Naziführer Mag Hoelz in Wittenau den 40jährigen Blagmeister Mag Sohr mit einem Militärkarabiner.

Am Wahlsonntag erfolgten überall planmäßige Ueberfälle der Nazis, des Reichsbanners und der Polizei auf die roten Wahlhelfer. In Moabit überfiel ein Reichsbannerkommando selbe die auf den Straßen stehenden Arbeiter. Zörgiebels Polizei unterstützte sie dabei und verhaftete 16 Arbeiter. Die Kösliner Straße im Wedding stand unter Ausnahmezustand. Auch hier zahlreiche Verletzte und Verhaftete.

Insgesamt sind über 1000 Arbeiter verhaftet worden. Teilweise sind sie schon verurteilt, teilweise sollen sie von der Schnellgerichtskollonne erledigt werden. Die Klassenjustiz will mit den brutalsten Maßnahmen gegen die Verhafteten vorgehen. Monate, ja jahrelange Gefängnisstrafen sollen gegen die roten Agitatoren verhängt werden, sie und ihre Frauen sollen zugrunde gerichtet werden.

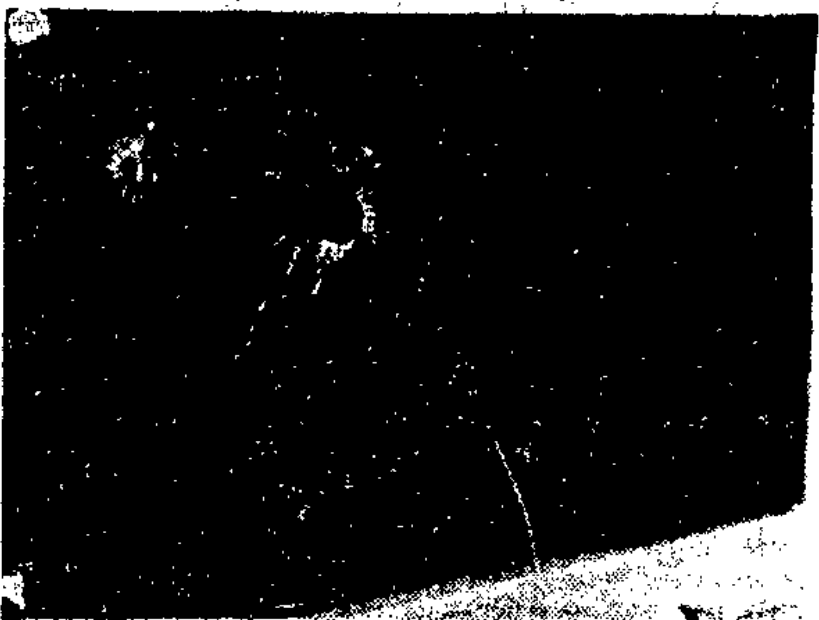
Der Rote Wahlauschuh und die Rote Hilfe rufen darum alle Wahlhelfer und alle Wähler der KPD zur brüderlichen Solidarität auf. In der Woche vom 21. bis 27. September führt die Rote Hilfe eine Sammlung für die Opfer des Wahlterrors durch.

Helft alle mit, damit den Angefallenen ein Bestäubiger gestellt und sie und ihre Familien unterstützt werden können. So wie ihr euch für den Sieg der Liste 4 eingesetzt habt, setzt euch für die Sammlung für die Opfer des Wahlterrors ein! Beteiligt euch an den Sammlungen!

Kämpft mit der Rote Hilfe für die Freilassung der verhafteten roten Wahlhelfer und aller proletarisch-politischen Gefangenen!

Berlin, den 15. September 1930.

Zentralwahlausschuß KPD, Liste 4.  
Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Berlin-Brandenburg-Pommern.  
KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg.  
KJVD, Bezirk Berlin-Brandenburg.



So schoß die Polizei in ein Fenster der Redaktion der „Roten Fahne“ bei dem gemeinsamen Ueberfall der Nationalsozialisten und der Zörgiebelpolizei am Sonnabend abend.

Frage zu stellen, ob wir Kommunisten putzen wollen, ist politische Idiotie. Wir haben 4 1/2 Millionen Werktätige unter der Fahne Sowjetdeutschlands gesammelt. Wir sind keine Putzschiffen, wir sind die einzige antifaschistische und antifaschistische Partei des deutschen Proletariats. Wir wissen, daß unsere revolutionäre Politik, die einzige befreiende Politik für die ausgebeuteten Massen, in den kommenden wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks neue Millionen erfassen wird. Wir wissen, daß wir nicht, wie der „Vorwärts“ sagt, „sehr weit von Sowjetdeutschland entfernt“ sind, sondern daß wir im revolutionären Aufschwung marschieren. Das heißt, daß der Entscheidungskampf zwischen Faschismus und Kommunismus auf den Trümmern der bankrotten bürgerlichen Demokratie stattfindet.

Die kommunistische Partei sammelt unermüdet die werktätigen Massen zum Widerstand gegen Diktatur, Lohnraub, zur Formierung des revolutionären Angriffs gegen die faschistischen Kräfte der Bourgeoisie und die bankrotten sozialfaschistischen Verräter. Die KPD sagt ganz klar und deutlich: Jawohl, wir werden die Mehrheit der Arbeiter Deutschlands erobern! Jawohl, wir haben den Willen und werden — gestützt auf das Vertrauen der werktätigen Millionen — auch die Kraft haben, die Sowjetmacht in Deutschland zu errichten.

Und wir sagen: Wir werden die Macht erobern mit Hilfe jener sozialdemokratischen Arbeiter, die am 14. September noch für die SPD gestimmt haben. Diese Arbeiter haben erst jetzt die Größe der faschistischen Gefahr gesehen. Sie beginnen erst jetzt den Bankrott ihrer verräterischen Führung zu erkennen. Sie sehen das stürmische Siegeswachstum der kommunistischen Partei als der einzigen antifaschistischen Kraft. Sie werden sich mit uns Kommunisten zur Einheitsfront zusammenschließen, mit uns in den roten Betrieben wehren und Erwerbslosenorganisationen sich zum wehrhaften Massenkampf gegen die faschistischen Mordbanden formieren, mit uns gemeinsam zum politischen Massenstreik gegen die faschistische Diktatur rufen.

Die weitere Entwicklung der Lage in Deutschland unter den Schlägen der immer furchtbarer werdenden Wirtschaftskrise und des verbrecherischen Youngpattes wird zeigen, daß die proletarische Einheitsfront unter der Führung der KPD zur Millionenengewealt wachsen wird. Die nationalsozialistischen Ministerknechtlinge der Youngrepublik haben allein diese Einheitsfront zu fürchten. Sie wird die enttäuschten abströmenden faschistischen Wähler von heute für das Lager des proletarischen Klassenkampfes, des revolutionären Marxismus, gewinnen. Sie wird den Sturm für Sowjetdeutschland vorbereiten, in dem es keinen Hüter und Goebbels, aber auch keine sozialfaschistischen Meuchelmeister des Faschismus mehr geben wird.

## Genosse Heinz Neumann unter Anklage

Morgen früh 9 Uhr im Amtsgericht Köpenick

Am Donnerstag findet vor dem Amtsgericht Köpenick, Zimmer Nr. 19, um 9 Uhr vormittags ein Prozeß gegen den Genossen Heinz Neumann und zwei weitere Genossen wegen „Anreizung zum Klassenhaß und Landfriedensbruch“ statt.

Der Gegenstand der Anklage sind die Zusammenstöße, die sich vor mehreren Monaten in Köpenick infolge eines Ueberfalls der Nationalsozialisten auf revolutionäre Arbeiter beim Abschluß einer Versammlung in Köpenick ereigneten. In dieser Versammlung, in der der damalige Naziführer und inzwischen hinausgeworfene Mollatholowski referierte, hatte Gen. Neumann als Vertreter der kommunistischen Partei in der Diskussion gesprochen.

Nach Schluß seiner Rede verließen die anwesenden revolutionären Arbeiter demonstrativ mit dem Genossen Neumann den Saal. Als sich nur noch ein kleiner Teil von ihnen im Saal befand, wurden sie von den nationalsozialistischen Sturmabteilungen überfallen, worauf sich die Arbeiter selbstverständlich gründlich zur Wehr setzten. Die Abwehr dieses nationalsozialistischen Ueberfalls wird nun von der Klassenjustiz zum Anlaß für eine Anklage genommen. Die Arbeiterschaft wird diesem Prozeß ihre höchste Aufmerksamkeit zuwenden.

## Der Bankrott der Nazipolitik

Den Bankrott der nationalsozialistischen Politik zeigt auch der Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ vom Dienstag. Drei Spalten lang wird der Wahlsieg der Nationalsozialisten gefeiert. Aber nicht eine einzige klare Feststellung darüber, was die NSDAP nun tun wird, ist in dem Artikel enthalten. Lediglich die allgemeine Phrase:

„Wir geloben fester, unser letztes daranzusetzen, das Vertrauen der gläubigen Millionen mit unermüdetlicher Arbeit zu erhalten.“

Kein Wort über Zerreißung des Young-Pattes, über Zerreißung des Versailles Vertrages, kein Wort über Kampf gegen den Kapitalismus, keine einzige Forderung zur Verbesserung des Hungerdaseins der Arbeiter, Beamten und wertvollen Mittelständler.

Die Kommunisten erklären klar und unüberhöhlten, was sie zu tun beabsichtigen. Sie mobilisieren alle Schichten des werktätigen Volkes zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und für ein freies, sozialistisches Deutschland.

Die Nationalsozialisten müssen, im Auftrag ihrer großkapitalistischen Geldgeber jetzt darauf verzichten, irgend eine ihrer früheren demagogischen Versprechungen auch nur zu erwähnen, geschweige denn auf deren Durchführung zu bestehen. Deshalb wird die Abrechnung mit den nationalsozialistischen Volksbetrüggern eine rasche, unausbleibliche Folge ihrer großkapitalistischen Politik sein.

## Arbeitslosenfundgebungen in Kolumbien

Neuport, 16. September. Wie aus Barranquilla (Kolumbien) gemeldet wird, haben dort gestern große Kundgebungen der arbeitslosen Plantagenarbeiter stattgefunden. Ein starkes Polizeikommando schoß mehrmals in die Menge und tötete einen Arbeiter.

## Französische Bergarbeiter beschließen 24stündigen Streik

Paris, 15. September. Die Bergarbeiter von Nordfrankreich haben auf einem außerordentlichen Kongreß beschlossen, am 6. Oktober als Protest gegen die Nichtbewilligung des jährlichen bezahlten Urlaubs in einen 24stündigen Streik einzutreten.

## An unsere Leser

Infolge technischer Umstellung in unserem Betriebe erscheint die heutige Ausgabe unserer Zeitung in vermindertem Umfang.

Nach erfolgter Umstellung werden wir den Ausfall ausgleichen.

# Nach 16 Wochen hört die Unterstützung auf

## Die neuesten Pläne der Brüning-Regierung gegen die Erwerbslosen — Arbeitslose baut eure revolutionäre Organisation aus, sonst seid ihr wehrlos

In den Regierungskanzleien in der Wilhelmstraße werden jetzt lieberhaft die „Reformen“ ausgearbeitet, die schon am 14. Oktober dem Reichstag vorgelegt werden. Nach zuverlässigen Informationen enthalten diese „Reformen“ weitere radikale Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung. Es wird der ungeheuerliche Plan erwogen, die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 16 Wochen zu verkürzen.

Die lächerlich geringen Zuschüsse aus Reichsmitteln und die beschränkte Darlehnsfrist der Regierung stellen die Arbeitslosenversicherung vor eine schwere finanzielle Krise, trotz Beitragserhöhungen. Es wird mit einem Defizit von etwa 400 Millionen Mark bis Ende des Jahres 1930 gerechnet. Diese 400 Millionen Mark will man auf einfachem Wege, durch die Verkürzung der Unterstützungsdauer auf 16 Wochen, „sparen“.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer werden

im neuen Reichstag zweifelsohne für die Notverordnungen von Hindenburg und Brüning stimmen. Sie werden auch neue Verschlechterungen, auch die Verkürzung auf 16 Wochen hinnehmen. Das werden sie tun, um wenigstens die Ministerkassette in Preußen zu erhalten und sich im Reich „regierungsfähig“ zu machen. Jedenfalls ist seitens der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie keineswegs mit einem Widerstand gegen diesen ungeheuerlichen neuen Raub an den Erwerbslosen zu rechnen. Die Erwerbslosen können sich nur auf ihre eigene Kraft und auf die Hilfe der Betriebsarbeiter, auf den gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition verlassen.

Es müßte ganz eigenartig an, wenn der getrigge „Vorwärts“ in einer Betrachtung „Denk an die Arbeitslosen — Das Menetekel des 14. September“ versucht, den Erwerbslosen weiszumachen, daß die Gewerkschafts- und SPD-Führer ihre Inter-

essen vertreten. Die Wahlen haben gezeigt — jammert der „Vorwärts“ — daß die Erwerbslosen sich von der SPD und den Gewerkschaftsführern ablehnen; die Kommunisten hätten es leicht, die Gewerkschaften und die SPD für die Sünden des Kapitalismus verantwortlich zu machen. In der Tat, die armen Reformisten, sie wollen für die Erwerbslosen das Beste, die Erwerbslosen aber sind ihnen dafür gar nicht dankbar. Die Schandtat des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wissell, die Rente von Verrat an den Arbeitslosen durch die SPD-Reichstagsfraktion und die Gewerkschaftsführer — das alles sei aus Sorge für die Interessen der Erwerbslosen geschehen.

„Die Sünden des Kapitalismus“, „Opfer der Nationalisierung“ schreibt der „Vorwärts“. Wer aber hat die kapitalistische Nationalisierung in Deutschland, die nach den Eingeständnissen der Reformisten selbst drei Millionen Arbeiter „überflüssig“ machte, gefördert und ihre Durchführung ermöglicht? Die SPD und die Gewerkschaftsführer! Wer hat die Unterstützung an die Erwerbslosen dauernd abgebaut helfen? Wer wird jetzt das letzte Stück Brot vom Munde der Erwerbslosen reißen? Die SPD und die Gewerkschaftsführer. Wo bleibt der Kampf für den Siebenstundentag, der drei Millionen zurück in die Betriebe führen kann?

Jeder Volksbetrug hat sein Ende! Der 14. September ist die Zwischensitzung, die erste Abrechnung für den SPD-Verrat an den Arbeitermassen. Die Arbeitslosen und die Betriebsarbeiter wissen ganz genau, daß ihr Kampf gegen die Ausbeuter für Arbeit und Brot nur dann erfolgreich sein kann, wenn er nicht nur gegen die Vorlig und Siemens, Brüning und Stegerwald, sondern zugleich gegen Wissell und Leipart geführt wird.

Jeder Erwerbslose, der am 14. September für die Liste 4 gestimmt hat, muß sich noch heute der NSD anschließen. Die Erwerbslosenausschüsse müssen sofort ausgebaut werden, eine mächtige Organisation der Erwerbslosen in den Reihen der NSD muß geschaffen werden. Das ist das Gebot der Stunde. Nur eine gut organisierte Erwerbslosensbewegung, die zusammen mit den Betriebsarbeitern unter Führung der kommunistischen Partei marschiert, kann den mörderischen Anschlägen der Unternehmer und ihrer sozialdemokratischen Helfer einen Damm entgegensetzen.

## Weg mit der Brüning-Regierung!

### Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung tagt wieder

Für den dritten Tag nach der Reichstagswahl hat der sozialdemokratische Vorstehende heute den Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung einberufen, damit er dem Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren zustimme und sich weiter mit einem Schreiben des Reichsinnenministers Birth bezüglich Gewährleistung der Wahlfreiheit beschäftige. Daß sich der Ausschuss drei Tage nach der Wahl — so will es der Sozialdemokrat heute — mit der Gewährleistung der Wahlfreiheit beschäftigt, ist einfach grotesk. Bei der Aufhebung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag dagegen handelt es sich um ein Geschenk an die Besitzenden und das in einer Zeit, wo Arbeiter, Angestellten und der kleine Mittelstand Notopfer über Notopfer bringen sollen. Die kommunistischen Mitglieder dieses Ausschusses werden demgegenüber fordern:

1. daß die Regierung Brüning sofort zu wegschwinden hat. Das Wahlergebnis am Sonntag war eine vernichtende Beurteilung der Politik der Brüning-Regierung.
2. Die Notverordnungen vom 26. Juli, enthaltend: Kopfsteuer, Ledigensteuer, Beamten-Notopfer, Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Krankenversicherung und Abbau der Kriegsoberversorgung sind mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
3. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Diktaturbestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben und ihre Durchführung verweigert haben oder verweigern, sind aufzuheben.
4. Den Gemeinden sind sofort vom Reich 300 Millionen Mark zur Unterstützung der ausgebeuteten Wohlfahrts-erwerbslosen zur Verfügung zu stellen.
5. Der neugewählte Reichstag ist sofort, spätestens innerhalb acht Tagen, einzuberufen.

Diese Forderungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten werden in den wertvollen Massenparten Widerhall finden. Es gilt, unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf gegen die Hungerdiktatur zu führen.

## Eine „Wahlbombe“, die ihren Zweck verfehlte

Von dem Genossen Piek erhalten wir folgende Zuschrift: „Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte drei Tage vor der Wahl, groß aufgemacht, auf der ersten Seite ihres Hauptblattes, eine Mordgeschichte von einem gewissen Adolf Reinberg, mit der die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hoffte, die Wahlniederlage der SPD, aufzuhalten.“

In dieser Mordgeschichte wird behauptet, daß der frühere deutsche Parteifunktionär Leutner im Jahre 1922 in Moskau „auf Befehl der KPD-Zentrale“ ermordet worden sein soll. Der Verfasser dieser Geschichte behauptet auch u. a., daß ich mich zu einem nach Berlin gerufenen weisfälligen Parteiführer äußert haben soll: „Laßt Leutner fallen. Er ist konträrreguell und Spitzel! Man muß ihn beseitigen!“ Und zwar soll ich die Beseitigung angeblich „im Interesse der weitestgehenden Parteileitung unter Führung des Reichstagsabgeordneten W. Stoedter“ gefordert haben.

Diese Behauptungen des Reinberg sind ebenso glatt erfunden wie der größte Teil der ganzen Mordgeschichte. Leutner wurde in Moskau weder auf „Befehl der KPD-Zentrale“, noch von der angeblichen „Tscheka“ ermordet, sondern er wurde das Opfer eines Straßenüberfalles. Auch diese, von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ als Wahlbombe gegen die KPD gedachten „Enthüllungen“ haben ihren Zweck verfehlt. Die Niederlage der SPD war auch in Leipzig damit aufzuhalten.

## Querschnitt durch das sozialdemokratische Trübsal

# Die Niederlage der Sozialdemokratie

### „Die Schönfärberei des „Vorwärts“ ist ein starkes Stück“ — „Die SPD bezahlt ihre wertvollen Dienste für das Bürgertum“

Die sozialdemokratische Presse muß die Niederlage der SPD und den gewaltigen Wahlsieg der KPD offen zugeben. Trübselig stammelt die Provinzpresse der SPD und kennt nur den einzigen Trost, daß es noch viel schlimmer hätte kommen können.

Die „Schlesische Volksmacht“ überschreibt ihre Meldung vom Ausgang der Wahlen mit der Ueberschrift: „Die Wahlen der Verzweiflung — Großer Wahlsieg der Nationalsozialisten und Kommunisten — Niederlage der Sozialdemokraten“ und schreibt:

### „Der Sieg der Kommunisten ist groß“

„Aber auch der Sieg der Kommunisten ist groß. Denn es ist ihnen gelungen, ihren Mandatsbestand um fast 40 Prozent zu erhöhen, während die Steigerung der Zahl der Reichstagsabgeordneten insgesamt nur 14 Prozent beträgt. . . . Alle anderen Parteien (außer Zentrum) haben Niederlagen erlitten. Auch die Sozialdemokratie. Und zwar ist die Niederlage der Sozialdemokraten durchaus nicht gering, sondern recht ernsthaft. . . . In dem neuen Reichstag macht die sozialdemokratische Fraktion nur noch 25 Prozent, also ein Viertel des gesamten Reichstages aus, während sie im alten Reichstag 31 Prozent oder fast ein Drittel des gesamten Reichstages ausmachte. Das ist eine ernste Verschlechterung der Position der Sozialdemokratie. In solcher Lage ist die in der . . . Auslastung des „Vorwärts“ betriebene, völlig unbegründete Schönfärberei wahrlich ein starkes Stück. Wir sind, fast zu gewinnen, nicht unerheblich zurückgegangen, und dazu in einer Lage, die dies Zurückgehen besonders schwer ins Gewicht fallen läßt.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Die sozialdemokratische Partei hat von dem Anwachsen der Wahlbeteiligung nichts profitiert. Sie hat rund 600 000 Stimmen eingebüßt. Das ist ein Schlag, der für die sozialdemokratische Partei eine beträchtliche Schlappe ist. Die Kommunisten haben 22 Mandate gewonnen. Sie gewannen diese Mandate von der Sozialdemokratie. Aber sie stießen darüber hinaus in das Lager der Nichtwähler vor.“

Der Wiener sozialdemokratische „Abend“ schreibt: „Der Sieg der Kommunisten ist, auch das soll nicht verschwiegen sein, zum großen Teil auf schwere Fehler der Sozialdemokraten zurückzuführen. Daß die Sozialdemokraten Verluste erlitten haben, ist die Folge ihrer Koalitionspolitik. Sie mußten, um der Koalition willen, Zugeständnisse machen und das hat große Schichten der Arbeiter verdrossen.“ (!)

### „Abrechnung für das Verbot des KFB und den blutigen 1. Mai“

Viel beigetragen zur Unzufriedenheit hat sicherlich das Verbot des „Roten Frontkämpferbundes“, dem nicht das Verbot der nationalsozialistischen Parteiarmee folgte (!). Der blutige 1. Mai 1929, die Korruptionsfälle in der Berliner Stadtverwaltung, die Tarifserhöhung der Berliner Verkehrsmittel, die drohende Entlassung von 14 000 städtischen Verkehrsangestellten haben bestimmt viel dazu beigetragen, daß die kommunistischen Zuwachs aus dem sozialdemokratischen Lager erhielten. Die Partei ist, das muß einmal gesagt werden, in ihrem Drang, eine staatserkhaltende Partei zu sein, weiter gegangen, als sie durfte. Sie bezahlt jetzt ihre wertvollen Dienste (!), die sie zwei Jahre lang dem Bürgertum als führende Partei der Koalition geleistet hat.“

„Koalition aller Vernünftigen“ — das kann große Koalition, kann auch offene oder stille Koalition mit einer Hitler-Regierung bedeuten. Die Arbeiter, die noch im Vertrauen auf die „oppositionellen“ Phrasen der SPD-Führer für die Sozialdemokratie gestimmt haben, werden nun erkennen, daß sie dazu mißbraucht wurden, den faschistischen Todfeinden des werktätigen Volkes Unterstützung zu gewähren.

# Die SPD als Vorstufe zum Faschismus

### Ein lehrreiches Wahlergebnis in Ostpreußen

Wie im ganzen Reich, hat die kommunistische Partei auch in Ostpreußen einen erheblichen Gewinn an Stimmen zu verzeichnen. Sie steigerte ihre Stimmenzahl von rund 95 000 auf rund 125 000, gewann also 30 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie erlitt eine furchtbare Niederlage. Sie ging von 288 000 auf rund 222 000 Stimmen herab, verlor also 66 000 Stimmen. Wenn auch bestimmt ein großer Prozentsatz dieser 66 000 Wähler von der kommunistischen Partei gewonnen wurde, so steht demnach doch fest, daß in Ostpreußen mindestens 20 000 Wähler von der sozialdemokratischen Partei direkt zum Faschismus gegangen sind.

Es handelt sich hier nicht um die Industriearbeiterschaft, denn das Wahlergebnis in Königsberg z. B. zeigt, daß dort die SPD rund 2000 Stimmen verlor und die KPD rund 6000 Stimmen gewann, so daß also wohl nahezu die gesamte der SPD in Königsberg verloren gegangene Wählerschaft von der kommunistischen Partei gewonnen wurde. Anders liegt es in den ländlichen Bezirken, wo die SPD mehr Stimmen verlor, als die kommunistische Partei gewann, wo sie also zweifelsohne direkt Stimmen an die Faschisten abgab.

Zwei Lehren sind für die Arbeiterklasse daraus zu ziehen. Die erste, daß die Sozialdemokratische Partei nicht nur durch konterrevolutionäre Gehele usw. den Faschismus vorbereitet, sondern daß ihre faschistische Politik auch dem Faschismus Ideologisch Wege bahnt. Zweitens, daß es einer ungeheuren Anspannung aller revolutionären Kräfte, besonders auf dem ländlichen Lande bedarf, um die durch die verdrögerische Politik der SPD irreführten und enttäuschten Proletariermassen davon zu bewahren, daß sie den faschistischen Verführern in die Hände fallen.

# Proletarische Einheitsfront bricht Naziterror

### Reichsbannerführer wollen Kampf gegen Faschismus verhindern

Am Wahltage terrorisierten Nationalsozialisten die Wählerschaft eines Wahllokales in Hamburg im Stadtteil Eppendorf-Hoheluft. Als einige Reichsbannerleute sich dem Lokal gegenüber aufstellten, um Wahlbeeinflussung zu verhindern, wurden sie von den Nazis überfallen und mußten vor ihrer Uebermacht fliehen. Reichsbanner, SPD und kommunistische Arbeiter gingen darauf geschlossen gegen die Nazis vor, die auch vor anderen Wahllokalen provozieren. Die Halbtrenner wurden in die Flucht geschlagen, ihre Autos umgeworfen und demoliert.

Die Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder hatte nun nichts Besseres zu tun, als die Arbeiter, darunter auch 200 Reichsbannerleute, zu verhaften. In einer anschließend stattfindenden Versammlung des Reichsbanners in Höhehufe verurteilte der Führer, die Reichsbannerleute nach Hause zu schicken und zum Abiegen der Uniform zu veranlassen. Die Reichsbannermitglieder lehnten das entschieden ab.

## Otto Braun

### bettelt weiter um Ministerkassell

#### Er wünscht Koalition aller „vernünftigen“ Volksausbeuter

Berlin, 17. September. (Eig. Bericht.)

Der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident Otto Braun gab dem Berliner Vertreter der „United Press“ ein Interview, in dem er erklärte:

„Ich halte es für sicher, daß eine große Koalition aller Vernünftigen sich zusammenschließen wird, um mit einer zweifellos ausreichenden Regierungsmajorität zunächst energig alle Kräfte auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen der breiten Masse zu konzentrieren (!).“

Während die Brüning-Regierung mit einer Koalition mit Hitler liebäugelt, bietet Otto Braun — wie er es bereits auch schon vor der Wahl tat — unentwegt der Diktaturregierung die Mitarbeit der SPD an der Ausplünderung der wertvollen Massen an.